

ZÜRCHER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Im Gespräch mit Thomas Vogel

Vizepräsident Parteivorstand, ehemaliger Kantonsrat und Fraktionspräsident. Thomas Vogel war von 2003 bis 2022 Mitglied des Zürcher Kantonsrats und von 2008 bis 2019 Präsident der FDP-Kantonsratsfraktion. **Seite 9**

Neue Vizepräsidentin

Die Delegierten wählten Alessandra Gianella am Tag der FDP zur neuen Vizepräsidentin der FDP Schweiz. Die 36-jährige Tessinerin ist seit 2015 Grossrätin und seit drei Jahren Fraktionschefin im Tessiner Kantonsparlament. Mit der Wahl Gianellas umfasst das Präsidium unter Präsident Thierry Burkart nun fünf Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten. **Seite 12 und 13**

Intensives Jahr für Karin Keller-Sutter

Seit Ausbruch des Ukrainekrieges ist Bundesrätin Karin Keller-Sutter stark gefordert. In einem Gastbeitrag für den «Freisinn» zeigt die Justizministerin auf, wie die Schweiz in den letzten Monaten den grossen Zustrom an Flüchtlingen aus der Ukraine meisterte und wieso sich der Schutzstatus S bewährt hat. **Seite 14 und 15**

Kantonale Wahlen

Bei den Wahlen im Kanton Zug konnte die FDP im Parlament zwei Sitze gewinnen, und die beiden Regierungsräte wurden souverän wiedergewählt. Im Februar stehen nun Wahlen in den Kantonen Zürich und Baselland auf dem Programm. In beiden Kantonen ist die FDP gut aufgestellt und bereit, den positiven Trend fortzusetzen. **Seite 18 und 19**

Im Einsatz für einen liberalen Kanton Zürich

Editorial von Hans-Jakob Boesch

Der Wahlkampf für die Wahlen in den Zürcher Kantons- und Regierungsrat sind seit dem 5. November mit der Ankunft von über 200 Freisinnigen auf dem Uetliberg und dem symbolischen «Raketenstart» auch offiziell lanciert. Wir durften viele von Ihnen persönlich begrüssen und unter anderem haben Thierry Burkart, Parteipräsident FDP.Die Liberalen, sowie unsere Regierungsrätin Carmen Walker Späh und Regierungsratskandidat Peter Grünenfelder inspirierende Reden gehalten.

Es wird nun Schlag auf Schlag weitergehen. Im Zentrum der kommenden Wahlen steht unser Slogan «Daran arbeiten wir». Dieser widerspiegelt unser Selbstverständnis, Verantwortung zu übernehmen, anzupacken und Herausforderungen in Angriff zu nehmen. «Daran arbeiten wir» steht gleichzeitig für unseren grossen Leistungsausweis wie auch für unser Versprechen an die Zürcher Bevölkerung. Unter www.daran-arbeiten-wir.ch, dem digitalen Herzstück unseres Wahlkampfes, halten wir Sie rund um den Wahlkampf auf dem Laufenden. Mit dem Erfolg in den kommunalen Wahlen im Frühling 2022 können wir gestärkt in die kan-

Hans-Jakob
Boesch,
Parteipräsident
FDP Kanton
Zürich



tonalen und nationalen Wahlen 2023 starten. Die Bevölkerung hat uns ihr Vertrauen geschenkt und uns unter anderem einmal mehr eine lösungsorientierte Politik attestiert.

Zuversichtlich bin ich auch, was den Wahlausgang betrifft. Die FDP Kanton Zürich ist in bester Verfassung und zusammen mit den Wahlkampfteams der Bezirks- und Ortsparteien bereits seit Monaten an den Wahlkampf vorbereitungen. An den Parteiveranstaltungen und im Austausch mit den Bezirks- und Ortsparteien spüre ich immer wieder, mit welcher Energie, Entschlossenheit und Freude Sie alle für die liberale Sache kämpfen und

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3–9 Zürcher Freisinn
- 10 FDP setzt sich für 5G ein
- 11 Wir sagen DANKE
- 12/13 Interview mit der neuen
Vizepräsidentin
Alessandra Gianella
- 14/15 Karin Keller-Sutter blickt auf
ein intensives Jahr zurück
- 16 Jungfreisinnige treffen sich
in Cressier
- 17 Mehr digitale Kompetenz für
die Schweiz
- 18 FDP Zug gewinnt bei
den kantonalen Wahlen
- 19 Ausblick auf die Wahlen
in Baselland
- 20/21 Tag der FDP in Burgdorf
- 22 Verbände lancieren
«Perspektive Schweiz»
- 23 Wahlbarometer und Kolumne



Das liberale Feuer brennt!

2023 stehen uns Richtungswahlen bevor

Liebe Freisinnige

Am 22. Oktober durfte die freisinnige Familie in Burgdorf ein fulminantes Fest feiern. Exakt ein Jahr vor dem Wahltermin stimmten sich 900 Freisinnige im Beisein von Bundespräsident Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter gemeinsam auf den Wahlkampf ein. Die FDP ist bereit für einen erfolgreichen Wahlkampf:

- › Wir sind schlagkräftig und kommunizieren mit klarer Kante. Nicht nur in der Sicherheitspolitik lancierten wir mutig Themen, an denen sich die anderen Parteien abarbeiten müssen.
- › Wir haben in anspruchsvollen Bereichen wie Klima, Energie oder Europa mit der Verabschiedung von Positionspapieren unsere Reihen geschlossen.
- › Wir beweisen unseren Ideenreichtum und unsere Gestaltungskraft mit gleich zwei eingereichten Initiativen, die beide für urliberale Anliegen stehen: die Renteninitiative der Jungfreisinnigen für eine solide Finanzierung unserer Altersvorsorge sowie die Individualbesteuerungsinitiative der Frauen für die freie Lebensgestaltung.

Richtungswahlen 2023

Klar ist, die nächsten zwölf Monate werden für unsere Partei entscheidende Monate. Doch viel wichtiger ist: Es werden entscheidende Monate für unser Land! Die eidgenössischen Wahlen 2023 sind eigentliche Richtungswahlen für die Schweiz. Denn jede Bürgerin und jeder Bürger muss sich die Frage stellen, wie sich die Schweiz in Zukunft angesichts der aktuellen Verwerfungen, Kriege und Krisen zu positionieren hat.

Wer das Erfolgsmodell Schweiz erhalten will, wählt FDP

Das Präsidium definierte vor einem Jahr drei Schwerpunktthemen: Wirtschaftspolitik, Alters-

vorsorge und Sicherheit bzw. Versorgungssicherheit. Heute sind die Themen aktueller denn je. In einem Jahr können sich die Schweizerinnen und Schweizer entscheiden, ob sie mittel- und langfristige eine möglichst CO₂-freie aber sichere Stromversorgung – und damit Wohlstand – oder ob sie lieber irgendwelchen Wunschvorstellungen und nicht einlösbaren Versprechungen folgen wollen. Ebenso kann sich das Stimmvolk entscheiden, ob es eine Schweiz wünscht, die eindeutig zu Werten wie Demokratie, Liberalismus, Rechtsstaat und Menschenwürde steht. Eine Schweiz, die im Notfall auch gewillt und in der Lage ist, diese Werte zu verteidigen. Wer Liberalismus, soziale Marktwirtschaft, Eigenverantwortung und freiheitliches Handeln erhalten will, der wählt in einem Jahr FDP!

Die FDP gewinnt!

Die FDP hat in den kantonalen Wahlen der letzten Monate zugelegt, soeben durften wir uns wieder über Sitzgewinne und ein erfolgreiches Wahlergebnis bei den Gesamterneuerungswahlen im Kanton Zug freuen. Gemäss jüngster SRG-Wählerumfrage legen wir gegenüber 2019 um 1 Prozent zu. Im Vergleich zur SRG-Umfrage vom Oktober 2021 weist die FDP damit einen Zuwachs von plus 2,5 Prozent auf! Das stimmt mich zuversichtlich, denn es bestätigt den Trend auch von anderen Umfragen. Wir wollen – und werden – die liberale Politik in unserem Land stärken, Wähleranteil gewinnen und die SP überholen. Das liberale Feuer brennt lichterloh!

Ihr Thierry Burkart

Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Fortsetzung von Seite 1

den Wahlkampf vorantreiben. Hierfür möchte ich Ihnen allen herzlich danken.

Auch unsere Kandidatinnen und Kandidaten brauchen sich nicht zu verstecken. Bereits die Ausmarchung um das «Regierungsratssticket» hat wieder einmal gezeigt, wie viele profilierte «Köpfe» die FDP vorzuweisen hat. Und die Wahllisten für den Kantonsrat sind ein Querschnitt durch die Zürcher Bevölkerung, eine Mischung aus Jung und Alt, Stadt und Land, Frau und Mann sowie quer durch alle Ausbildungen, Berufe und Lebenspläne. Und alle verbindet Eines: den Einsatz für einen liberalen Kanton Zürich.

Nebst den klassischen Plakat-, Stand- und Flyeraktionen setzen wir 2023 schwerpunktmässig auf

einen intensiven Wahlkampf in den sozialen und Onlinemedien. Dem Motto des ständigen Wahlkampfes getreu, ist unser digitaler Wahlkampf im Hinblick auf die kantonalen Wahlen 2023 bereits seit geraumer Zeit zu brandaktuellen Themen auf diversen Onlineplattformen und den sozialen Medien wie bspw. LinkedIn oder aber auch Facebook und Instagram präsent. Die zeitnahen Auswertungen zeigen dabei, dass wir mit unseren Themen und Lösungsansätzen beim Zielpublikum sehr gut ankommen. So stossen z. B. die ÖV-Initiative und die Wasserkraft-Petition auf grossen Zuspruch und wurden auch von den klassischen Medien aufgegriffen.

Vielleicht sind Sie unserer Kampagne schon be-

gegnet. Bald gibt es noch mehr zu sehen – ab Januar startet die heisse Phase des Wahlkampfes, in der wir unsere Sympathisantinnen und Sympathisanten für den Wahlgang mobilisieren werden. Und zu guter Letzt wird die nationale Delegiertenversammlung der FDP Schweiz Ende Januar im Kanton Zürich stattfinden!

Eine hervorragende Plattform für unsere Schlussmobilisierung. Lassen Sie sich überraschen, folgen Sie uns auf Twitter, Facebook und Instagram und seien Sie «hautnah» dabei!

**Liberale Grüsse,
Hans-Jakob Boesch
Parteipräsident FDP Kanton Zürich**

Bundesrätin Karin Keller-Sutter spricht am Ustertag

«Es ist wichtig, dass wir unsere Geschichte kennen»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter hält nichts davon, wenn Gräben zwischen Stadt und Land aufgerissen werden. Ein solcher Konflikt war einst Auslöser für den Ustertag. Nun wird sie am 20. November an der Ustertag-Feier sprechen.

Sieben Jahre nach Johann Schneider-Ammann (FDP) wird an der kommenden Ustertagfeier am 20. November mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter (FDP), Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, wieder ein Mitglied der Landesregierung sprechen. Nach Elisabeth Kopp (FDP), Ruth Metzler (CVP) und Doris Leuthard (CVP) ist sie die vierte Bundesrätin, die zu diesem traditionellen Gedenktag eingeladen worden ist.

Gegen Gräben zwischen Stadt und Land

Karin Keller-Sutter wurde 1963 geboren. Die ausgebildete Dolmetscherin und Mittelschullehrerin ist in Wil aufgewachsen und wohnt auch heute noch dort. Für die am 5. Dezember 2018 in den Bundesrat gewählte Politikerin ist der Ustertag ein historisch bedeutendes Ereignis. «Es ist wichtig, dass wir nicht nur in der Gegenwart leben, sondern unsere Geschichte kennen. Sie hilft uns, uns selbst und unser Land besser zu verstehen. Ich erachte es

deshalb als zentral, dass wir uns an solchen Tagen an unsere Wurzeln und Geschichte erinnern, sei dies nun der Ustertag oder seien dies andere historische Gedenktage», erklärt die Freisinnige.

Eine Folge des Ustertags war, dass die Sitze im Grossen Rat des Kantons Zürich neu verteilt wurden. Damit wurde das Land gegenüber der Stadt gestärkt. 1831 folgte eine neue liberale Kantonsverfassung. Im Unterschied zu 1830 gebe es heute keine Ungleichbehandlung zwischen Stadt und Land mehr. «Ich halte deshalb nichts davon, wenn man zwischen Stadt und Land Gräben aufreisst.» Sie unterstreicht zudem, dass Differenzen mit Respekt gegenüber anderen Meinungen ausgetragen werden müssten.

Feier am 20. November

Die diesjährige Ustertag-Feier mit Hauptrednerin Bundesrätin Karin Keller-Sutter findet am Sonntag, 20. November 2022, statt. Um 14 Uhr beginnt der Anlass, zu dem alle eingeladen sind, in der reformierten Kirche Uster. Musikalisch wird die Feier von der Kantorei Stäfa und der Stadtmusik Uster umrahmt. Die Vorrede hält Domenik Ledergerber, Kantonsrat und Kantonalpräsident der



Karin Keller-Sutter

SVP. Im Anschluss begibt sich die Festgemeinschaft zum öffentlichen Apéro in der Landihalle. Ab etwa 16 Uhr findet für die Bevölkerung das traditionelle Risottoessen in der Landihalle statt.

Die Organisation der Ustertag-Feier wird durch ein Komitee getragen, das sich aus Vertreterinnen und Vertretern der drei bürgerlichen Parteien SVP, FDP und Die Mitte zusammensetzt. Der Ustertag erinnert an den 22. November 1830. Damals forderten in Uster gut 10000 Männer aus der Zürcher Landschaft mehr Rechte gegenüber der Stadt Zürich ein und legten damit auf friedliche Weise die Basis für den modernen Kanton Zürich. Mehr zum Ustertag ist unter www.ustertag.ch zu finden.

AGENDA

Die Details zu unseren Veranstaltungen finden Sie auf unserer Website www.fdp-zh.ch.

15. November, 18 Uhr: Supporter-Club-Treffen

15. November, 18.30 Uhr: Mitgliederanlass für Bildungsinteressierte: «Lehrer:innenmangel: mögliche Lösungen»

24. Januar 2023, 19 Uhr: a.o. DV

25. Januar 2023, 18 Uhr: Podiumsdiskussion: «Wie weiter im Gesundheitswesen?»

12. Februar 2023: Regierungs- und Kantonsratswahlen

Interview

Carmen Walker Späh und Peter Grünenfelder beantworten unsere Fragen

Der Wahlkampf geht in die heisse Phase. Wie sieht ein typischer Tagesablauf bei euch derzeit aus?

Carmen Walker Späh: Meine Agenda ist rappellvoll mit Terminen, die Geschäfte meiner Volkswirtschaftsdirektion betreffen – also mit Verkehrsthemen aus meinem Amt für Mobilität und dem Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) sowie diversen wirtschaftspolitischen Herausforderungen, die mein Amt für Wirtschaft und Arbeit betreffen. Zudem bin ich in meiner Funktion als Regierungsrätin beispielsweise als Präsidentin der Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing und Vizepräsidentin der Konferenz Kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren stark eingespannt. Wahlkampf betreibe ich in der Freizeit – am Abend und am Wochenende – und ein wenig zwischendurch auf Social Media.



Peter Grünenfelder

Peter Grünenfelder: Um 4 Uhr früh verlangt unser Sohn Michel meist lauthals einen Schoppen (lacht). Der eigentliche Tag fängt aber erst nach meiner morgendlichen Joggingrunde und dem Windelwechseln an: Berufsbedingt ist meine Agenda vollgefüllt. Zweierlei macht mir am meisten Spass: beruflich der wöchentliche Strategie-

austausch samt Brainstorming mit meinem Team, wo wir intensiv daran arbeiten, unser Land liberal weiterzubringen. Politisch sind es die abendlichen Auftritte und Diskussionen mit unseren Ortsparteien und den vielen freisinnigen Wirtschaftsführern. Hier spüre ich, wie stark das liberale Feuer in unserem Kanton brennt! All das verschafft mir eine ungeheure Energie und Motivation, für die FDP am 12. Februar den Regierungssitz zurückzuerobern!

Wo bzw. wie tankt ihr zwischendurch Kraft?

Carmen Walker Späh: Am besten fülle ich meine Energiespeicher beim Pilzeln im Wald. Dabei kann ich wunderbar abschalten und die Natur geniessen. Jetzt im Herbst ist Zeit für Pilze!

Peter Grünenfelder: Christa und Michel verschaffen mir die allergrösste Lebensfreude. Das tägliche Joggen dient der Erholung, und das Jassen im Freundeskreis führt zu geselligen Stunden, kommt aber momentan etwas zu kurz.

Was hat euch im bisherigen Wahlkampf am meisten überrascht?

Carmen Walker Späh: Bis jetzt eigentlich noch nichts. Aber da wird sicherlich noch einiges kommen ...

Peter Grünenfelder: Der fehlende Ehrgeiz bei Teilen des Regierungsrats, drängende Probleme wie das überbordende Staatswachstum, die abnehmende Innovationskraft oder die Fehler in der Energiepolitik offen anzusprechen und nach Kräften Gegensteuer zu geben. Mit einer Verwaltungsmentalität bringen wir den Kanton aber nicht weiter. Es braucht einen engagierten Aufbruch unter Federführung von uns Freisinnigen.

Ihr seid praktisch täglich im Kontakt mit der Parteibasis. Was gefällt euch dabei besonders?

Carmen Walker Späh: Ich bin seit vielen Jahren in der kantonalen Politik tätig und habe in dieser Zeit viele Leute kennenlernen dürfen, insbesondere in der Parteibasis. Jetzt im Wahlkampf treffe ich diese alten und neuen Weggefährtinnen und Weggefährten, die ich seit längerem nicht mehr gesehen habe. Solche Widersehen freuen mich immer sehr. Der Austausch mit Parteikolleginnen und Parteikollegen ist für mich sehr wichtig, ich schätze den kreativen Austausch, aber auch die schonungslosen Feedbacks. Es ist schön in der FDP-Familie, ich bin ja schon im Regierungsrat



Carmen Walker Späh

alleine als FDPlerin – aber hoffentlich nicht mehr lange!

Peter Grünenfelder: Das riesige Engagement der Freisinnigen für die Realisierung von liberalen Lösungen im Kanton und den Gemeinden. Die unzähligen motivierten Freiwilligen in den Orts- und Bezirksparteien sind der grösste Wert unserer Partei – sie machen diesen Aufbruch erst möglich!

Die FDP tritt mit einem Powerduo an. Was schätzt du, Carmen, an Peter am meisten? Und du, Peter, was schätzt du an Carmen am meisten?

Carmen Walker Späh: Peter hat als nicht amtierender Regierungsratskandidat eine gewisse Narrenfreiheit. Ich schätze seine frischen, mutigen und teils auch provokativen Ideen.

Peter Grünenfelder: Ihre Beharrlichkeit bei der Verfolgung ihrer politischen Ziele – Carmen ist standfest.

AHV – wie weiter?

Regine Sauter, Nationalrätin

Am 25. September sagte die Schweizer Stimmbevölkerung Ja zur AHV 21. Knapp zwar, aber Tatsache ist, dass seit 25 Jahren erstmals wieder eine Reform unseres wichtigsten Sozialwerks gelingt. Die ausgewogene Lösung überzeugte: Die AHV erhält zum einen mehr Mittel über die Mehrwertsteuer, zum anderen werden auf der Leistungsseite Anpassungen vorgenommen – mit der Rentenalterangleichung der Frauen. Dieses Konzept müssen wir auch anwenden, wenn wir über nächste Sanierungsschritte bei der AHV sprechen. Wir haben bereits im Abstimmungskampf aufgezeigt, dass wir mit der AHV 21 die AHV nur bis ca. 2032 sichern. Danach zeichnen sich wieder grosse Lücken zwischen Einnahmen und Ausgaben ab. Erstmals legt der Bundesrat nun auch Prognosen für den Zeitraum bis 2050 vor. Zugegeben, diese sind in Bezug auf Bevölkerungswachstum oder Wirtschaftsentwicklung mit Unsicherheit behaftet. Dennoch: Der riesige Finanzierungsbedarf ist offensichtlich, der Bericht spricht von rund 10 Milliarden Franken, die ab 2050 jährlich fehlen.

Lebenserwartung berücksichtigen

In welche Richtung müssen Lösungen gehen? Einen guten Weg zeigt die Renteninitiative der

Jungfreisinnigen auf, die fordert, dass sich das Rentenalter der Lebenserwartung anpasst. Denkbar ist auch, diese Forderung mit einem «Lebensarbeitszeit»-Modell zu kombinieren. Der Rücktritt aus dem Erwerbsleben würde z. B. nach 40 Jahren Berufstätigkeit erfolgen. Damit würde man unterschiedliche Lebenssituationen berücksichtigen – etwa eines Handwerkers, der mit 18 Jahren zu arbeiten beginnt, oder einer Akademikerin, die ihre Ausbildung erst mit Ende zwanzig abschliesst.

Gesellschaftliche Veränderungen abbilden

Die nächste AHV-Revision muss aber auch den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen und eine zeitgemässe Ausgestaltung der Witwen-/Witwer-Renten vorschlagen. Dass es heute z. B. nicht mehr angezeigt ist, einer 45-jährigen verwitweten Frau, die keine Kinder zu betreuen hat, eine lebenslange Rente zuzusprechen und damit davon auszugehen, dass sie nicht einer Erwerbstätigkeit nachgehen könnte, ist offensichtlich.

Dass es nicht einfach werden wird, solche Vorschläge umzusetzen, zeichnet sich bereits ab. Es ist allerdings ein Akt der Verantwortung gegenüber der nächsten Generation, heute die Weichen richtig



Regine Sauter

zu stellen. Was auf jeden Fall klar ist: Ein giesskannenartiger Ausbau der AVH, wie dies die Initiative der Linken für eine 13. AHV-Rente fordert, ist verantwortungslos und klar abzulehnen. Gemäss Initianten kann die reiche Schweiz sich das allerdings leisten – eine beliebte Argumentation, wenn man das Geld der anderen verteilt.

Regine Sauter, Nationalrätin

Stadt Zürich

Patrice Zumsteg am 27. November in den Bezirksrat der Stadt Zürich!

In der Stadt Zürich finden am 27. November 2022 Bezirksratswahlen statt und ich kandidiere für den Sitz, der nach dem Rücktritt unseres verdienten FDP-Bezirksrats Roland Jost frei wird.

Ich habe an der Universität Zürich Rechtswissenschaften studiert, die Prüfung zum Rechtsanwalt und zur Urkundsperson des Kantons Zug erfolgreich abgelegt und bin dann wissenschaftlicher Assistent an einem Lehrstuhl für öffentliches Recht an der Universität Zürich geworden. Meine Dissertation habe ich zum Thema «Demonstrationen in der Stadt Zürich» verfasst. Ein Thema, bei dem das kantonale und kommunale Recht von Kanton und Stadt Zürich zentral waren und genau die Rechtsgebiete, auf die es im Bezirksrat ankommt. Der Bezirksrat ist Aufsichtsinstanz über die Gemeinden und hat auch gewisse gerichtliche Funktionen.

Heute bin ich als Anwalt im Staats- und Verwaltungsrecht tätig (seit 2019) und unterrichte Staats- und Verwaltungsrecht auch an der ZHAW in Winterthur (seit 2020).

Politisch engagiert bin ich seit meiner Zeit am Gymnasium in Zug. Zuletzt war ich dort Vizepräsident der Jungfreisinnigen des Kantons Zug. Heute bin ich Vorstandsmitglied in der FDP Stadt Zürich 3 und Mitglied in der Fachkommission Recht und Justiz der FDP Schweiz. Zudem bin ich auch ausserhalb der FDP eine engagierte Person – etwa als Mitglied im Organisationskomitee der Zurich Pride.

Meine Kenntnisse und Erfahrungen sowie meine Eigenschaft als Brückenbauer möchte ich gerne in den Bezirksrat einbringen.

Die anderen Parteien anerkennen, dass der FDP der frei werdende Sitz weiterhin zusteht. Die interparteiliche Konferenz, in der von AL bis SVP alle Parteien vertreten sind, hat mich angehört und in der Folge auch nominiert. Allerdings gibt es zwei weitere Kandidaturen, weshalb es nun zu einem Wahlkampf und am Sonntag, 27. November 2022, zur Wahl kommt.

In dieser Wahl zähle ich auf Ihre Unterstützung! Überzeugen Sie Ihr Umfeld, Ihre Familie, Berufs-



Patrice Zumsteg

kolleginnen und Nachbarn von meiner überparteilich getragenen Kandidatur. Zusammen werden wir den einzigen freisinnigen Sitz im Bezirksrat verteidigen und so dafür sorgen, dass im Bezirksrat der Stadt Zürich liberale Anliegen weiterhin Gehör finden.

Vielen Dank für Ihre Stimme!

Abstimmung vom 27. November 2022

Gerechtigkeitsinitiative

An den Plakatstellen weisen uns verschiedene Anbieter darauf hin, dass die Prämien steigen werden und wir doch besser die Kasse wechseln sollten. Zugegebenermassen stimmt das «Timing» der SVP; es ist der optimale Zeitpunkt, um über die Gerechtigkeitsinitiative abzustimmen. Nur wie viel Gerechtigkeit verbirgt sich hinter dieser Initiative wirklich?

Die Initianten möchten eine Änderung von zwei Paragrafen des Steuergesetzes. In § 31 verlangt die Volksinitiative eine Erhöhung des maximalen Abzugs für Erwachsene um Fr. 1000.– und pro Kind um Fr. 200.–. Der § 48 soll durch einen Absatz 3 ergänzt werden, so dass die Höchstbeträge gemäss § 31 auf Beginn jeder Steuerfussperiode an die Entwicklung der Durchschnittsprämie der sechs obligatorischen Krankenpflegeversicherungen angepasst werden (OKP Durchschnittsprämie).

Ein sehr populäres Anliegen, denn wer möchte nicht seinen schwer verdienten Franken für seine Familie ausgeben, statt mehr Steuern zu zahlen? Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass – wie jede Medaille – auch dieser Vorschlag zwei Seiten hat. Eine Familie mit zwei Kindern und einem steuerbaren Einkommen von Fr. 100'000.– würde

ca. Fr. 400.– weniger Steuern pro Jahr bezahlen. Auf der Gegenseite gehen aber für Gemeinden und Kanton je Fr. 150 Millionen, also total Fr. 300 Millionen verloren.

Es muss bei den jährlich steigenden Prämien angesetzt werden und nicht bei den Steuerabzügen. Die medizinische Versorgung und deren Qualität ist zweifellos hoch in der Schweiz, doch der Preis dafür steigt ununterbrochen. Es muss an der Bereitschaft gearbeitet werden, dass die geforderten Wünsche auch bezahlbar bleiben.

Der Regierungsrat unterbreitet einen Gegenvorschlag mit maximalem Abzug für Erwachsene von Fr. 300.–. Auf eine Erhöhung bei den Kindern wird ebenso verzichtet wie eine Erweiterung von § 48 des Steuergesetzes. Der Regierungsrat begründet den Vorschlag damit, dass die Krankenkassenprämien in den letzten Jahren deutlich erhöht wurden und sie auch deutlich stärker angestiegen sind als die Teuerung. Diese Argumentation ist nachvollziehbar.

Ebenso ist eine Erhöhung des bisherigen maximalen Abzugs für Kinder nicht nötig, da die Krankenkassenprämien von Kindern durch den bisherigen Abzug in der Regel bereits voll gedeckt sind.



Doris Meier

Die Versuchung ist gross, die von der SVP im Abstimmungskampf verteilte Schokolade in Form einer Fr. 1000.– Note zu geniessen. Am Ende bleiben ein kurzer persönlicher Genuss und ein finanzielles Loch bei Gemeinden und beim Kanton. Darum lehnt die FDP die Initiative ab und sagt stattdessen Ja zum tragbaren Gegenvorschlag des Regierungsrates.

Doris Meier, Kantonsrätin

Stadt Winterthur

Für Winterthur im Kantonsrat 2019–2023

Die Winterthur FDP-Kantonsratsdeputation setzte sich in der zu Ende gehenden Legislaturperiode im Kantonsrat für Winterthurer Anliegen, aber auch für den gesamten Kanton ein.

Infrastrukturprojekte

Bei den Winterthurer Anliegen ging es um Infrastrukturprojekte wie z. B. das neue Gebäude von Staatsanwaltschaft und Kantonspolizei, die Weiterentwicklung des Kantonsspitals Winterthur sowie die Weiterentwicklung des Campus Winterthur mit Technikum und Chemiegebäude. Winterthur hat eine Zukunft als Bildungs- und Gesundheitsstadt.

Kultur

Auch in der Kultur sind wichtige Meilensteine gesetzt worden. Mit der Annahme des Musikschulgesetzes werden Finanzierungssicherheiten geschaffen, von denen auch die Winterthurer Musikschulen profitieren. Wichtig wird die Legislatur-Tranche, die für bestimmte Projekte finanzielle Mittel zur Verfügung stellt.

Masterplan Winterthur-Süd

Mit dem Masterplan Winterthur-Süd wird eine Vi-

sion formuliert, wie sich Töss künftig entwickeln könnte. Die Vorstellung ist, den Richtplan so anzupassen und die Autobahn A1 auf einer Strecke von ein bis zwei Kilometern von der Steigmühle bis zum Schlosstal in den Berg zu verlegen. Dättnau und Töss wachsen zusammen.

Vorstösse im Kantonsrat

Carola Etter-Gick hat Vorstösse zum Parlamentsbetrieb, zu einer anwohnerverträglichen Linienführung für die SBB-Linie zum Brüttener Tunnel in Töss, für Prämienenkungen bei der Gebäudeversicherung und für die Entlastung von Lehrpersonen innerhalb und ausserhalb des Unterrichts zur Steigerung der Beschäftigungsquote, der Produktivität und der Verweildauer im Beruf eingereicht.

Dieter Kläy, der den Kantonsrat 2019 und 2020 präsidierte, legte seine Schwerpunkte auf Bildungs- und Berufsbildungspolitik und fordert, dass Lernende wegen wirtschaftlicher Einschränkungen nicht durch die Maschen fallen dürfen. Weitere Bildungsvorstösse umfassen die Erhöhung von Chancen auf einen erfolgreichen Berufsabschluss, die Unterstützung benachteiligter Jugendlicher bei der Lehrstellensuche und Strategien im



Dieter Kläy und Carola Etter-Gick

Umgang mit Jugendgewalt. In Gewerbebefragungen engagiert er sich für Strassencafés und für die Bauwirtschaft und hinterfragt kritisch flächendeckend Tempo 30 in den Städten und ihre Auswirkungen auf den öffentlichen Verkehr und die Blaulichtorganisationen.

Dieter Kläy, Kantonsrat, Präsident FDP Winterthur

Ausblick

Aus der Fraktion

Traditionell trifft sich die Fraktion jeweils im September zum jährlichen Fraktionsseminar für den gemeinsamen Austausch und die Entwicklung neuer Strategien und Ideen. In diesem Jahr haben wir uns Tufertschwil ausgesucht, ein beschauliches, aber sehr schönes Dörfchen inmitten der Hügel des Toggenburgs. Am Freitag hat uns Lukas Golder vom gfs.bern seine Sicht auf die Wahlperspektiven der FDP Zürich dargelegt und uns einige sehr interessante Analysen und Strategieansätze mit auf den Weg gegeben. Diese haben wir in unseren Ausschüssen inhaltlich weiterentwickelt und mit Blick auf die anstehenden Kantonsratswahlen 2023 konkretisiert. Nach der Arbeit hat uns Walter Räss eine spannende Führung durch seinen Käsebetrieb (chällerhocker.ch) gegeben und uns anschliessend bei einem Apéro mit dem eigenen leckeren Käse verköstigt. Den Abend hat die Fraktion mit einem Abendessen und einer geselligen Runde ausklingen lassen. Am Samstag stand der Austausch mit unseren beiden Regierungskandidierenden und der nationalen und kantonalen Partei im Zentrum. Wir sind zuversichtlich, dass uns mit vereinten Kräften der liberale Aufbruch gelingen wird.

Politisch steht seit dem Sommer die drohende Energiemangellage mit den damit verbundenen Herausforderungen für Wirtschaft und Private im Fokus der parlamentarischen Diskussion. In dieser herausfordernden Zeit hat die FDP-Fraktion programmatisch auf die geopolitischen Entwicklungen und deren Auswirkungen auf den Kanton Zürich reagiert. Dabei stand für uns immer im Zentrum, dass der Kanton nicht nur reagiert, sondern proaktiv und vorausschauend Massnahmen trifft, um eine Mangel- lage zu verhindern bzw. allfällige Einschränkungen für Unternehmen und Haushalte so gering wie möglich zu halten. Schon in Frühling haben wir den Regierungsrat mit verschiedenen Anfragen gebeten aufzuzeigen, wie sich der Kanton konkret auf die drohende Strom- und Gasmangellage vorbereitet. Da eine ausreichende, zahlbare und umweltfreundliche Stromversorgung nicht nur kurzfristig aufgrund des Ukrainekriegs, sondern auch mittel- und langfristig eine grosse Herausforderung ist, haben wir mit verschiedenen Vorstössen die Vereinfachung von Verfahren und Anreize für den Ausbau der erneuerbaren Energien, namentlich der Photovoltaik, gefordert. Sehr kritisch hinterfragt haben



Beatrix Frey-Eigenmann

wir die Rolle des Kantons Zürich beim Liquiditätsengpass der Axpo. Hier hätten wir ein vorausschauenderes Risikomanagement der Eigentümerkantone erwartet. Die Flucht unter den Rettungsschirm des Bundes statt einer eigenständigen Notfallplanung ist ein schlechtes Signal. Die Eigentümerstrategie zur Axpo wird uns weiter beschäftigen. Die politischen Positionen liegen weit auseinander und es drohen unheilige Allianzen für weitreichende staatliche Eingriffe. Wir kämpfen dagegen an.

Beatrix Frey-Eigenmann, Fraktionspräsidentin

FDP unterstützt kantonale Mobilitätsinitiative einstimmig

Die FDP sagt Nein zu flächendeckendem Tempo 30. Damit auf den Hauptverkehrsachsen alle vorwärtskommen und die Wohnquartiere ruhig bleiben.

An der Delegiertenversammlung vom 25. Oktober 2022 haben die kantonalen Delegierten einstimmig beschlossen, die Unterschriftensammlung zur sogenannten Mobilitätsinitiative zu unterstützen. Dies aus der Überzeugung, dass eine funktionierende, vielfältige und bedürfnisgerechte Mobilität ein wichtiger Standortfaktor ist und dass dabei die Reisezeiten eine zentrale Rolle spielen. Wenn ein Quadratmeter Bauland in der Stadt Zürich 5000 Franken kostet, in Opfikon 1900 Franken und in Bauma 400 Franken, so hat dies sehr viel mit der verkehrstechnischen Lage zu tun. Offensichtlich beeinflusst diese den wahrgenommenen Wert weit mehr als die Ruhe des Umfelds.

Trotzdem besteht aktuell leider die Gefahr, dass lokale Interessen immer mehr dominieren und das übergeordnete Strassennetz seiner Funktionalität beraubt wird – getrieben durch eine «Not in my backyard»-Politik. Obwohl bundesrechtlich klar anders vorgesehen, machen einige Gemeinden Tempo 30 auf kantonalen Hauptachsen schlechend zur

Regel und Tempo 50 zur Ausnahme. Oder sinnieren gar über flächendeckendes Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen. Damit mögen Einzelne im Kleinen gewinnen, aber der Kanton als Ganzes verliert. Seine Verkehrsinfrastruktur wird entwertet auf Kosten des öffentlichen wie auch des Privatverkehrs. Es gibt einen guten Grund, weshalb der Kanton mit dem von ihm finanzierten Staatsstrassennetz übergeordnete Interessen vertritt – genau so, wie der Bund dies beim SBB-Netz oder den Autobahnen tut. Man stelle sich vor, jede Gemeinde für sich würde über die Linienführung der SBB entscheiden.

Nach der «ÖV-Initiative», deren Sammelfrist in diesen Tagen abläuft, ist dies bereits die zweite Initiative, die sich mit dem Temporegime auf unseren Durchgangsstrassen befasst. Die beiden Initiativen haben einen jeweils unterschiedlichen Fokus und ergänzen sich perfekt.

Sobald der Unterschriftenbogen gedruckt ist, werden wir ihn dem «Zürcher Freisinn» beilegen. Danke für Ihre Unterstützung!

Marc Bourgeois,
Kantonsrat FDP Zürich 7 + 8



Marc Bourgeois

Initiativtext der Mobilitätsinitiative

Das Strassengesetz wird wie folgt geändert:
Geschwindigkeitsanordnungen auf Staatsstrassen

§ 25 b.

1 Der Kanton ist zuständig für Geschwindigkeitsanordnungen auf Staatsstrassen und Strassen von überkommunaler Bedeutung. Eine Übertragung dieser Zuständigkeit ist ausgeschlossen.

2 Auf den Strassen gemäss Abs. 1 soll die bundesrechtlich zulässige Höchstgeschwindigkeit nur in Ausnahmefällen über kurze Strecken herabgesetzt werden.

§ 25 wird zu § 25 a.

Heinz Allenspach – ein Nachruf

Heinz Allenspach war ein Schwergesicht unserer Partei. Angefangen hat seine politische Karriere bei den Jungfreisinnigen von St. Gallen. Bereits mit 16 Jahren gehörte er als Mitglied der jungliberalen Fraktion dem Jugendparlament St. Gallen an. Später wurde er Sekretär der Jungliberalen Bewegung des Kantons St. Gallen und anschliessend Sekretär der Jungliberalen Bewegung der Schweiz.

Beruflich war Heinz Allenspach als ein an der Handelshochschule St. Gallen ausgebildeter lic. oec. ab 1960 10 Jahre lang Sekretär des Zentralverbandes des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes. Anschliessend wurde er zum Direktor des Zentralverbandes des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes ernannt.

1958 heiratete Heinz Allenspach Nelly Wegelin. Dem Paar wurden vier Kinder geschenkt. In der Zwischenzeit war der Umzug der Familie von St. Gallen nach Fällanden erfolgt. Ab 1974 bis 1986 war Heinz Mitglied des Gemeinderates von Fällanden und dort verantwortlich für die Finanzen.

Im 1975 erfolgte die Wahl in den Zürcher Kantonsrat, wo er 1979 für eine zweite Amtszeit gewählt wurde. Aber am 1. März 1980 reichte Heinz Allenspach seinen Rücktritt aus dem Kantonsrat

ein, weil er in der Zwischenzeit vom Zürcher Volk auf der FDP Liste in den Nationalrat gewählt worden war.

Dannzumal waren die Freisinnigen eine stattliche Grösse im Nationalrat und zusammen mit den Waadtländer Freisinnigen eine nicht zu umgehende Macht. Die beiden Bundesräte der Freisinnigen Partei kamen immer aus den Kantonen Waadt und Zürich. Uns stand der deutschsprachige Sitz zu, der Waadt der Französisch sprechende. Die andern Kantone hatten das Nachsehen. Die Repräsentanten der beiden Parteien trafen sich jede Session zu einem gemeinsamen Essen und wir hatten auch sonst ein sehr gutes Einvernehmen.

Dies änderte sich nach dem Rücktritt von Frau Bundesrätin Elisabeth Kopp. Niemand wollte damals wieder einen Zürcher Freisinnigen im Bundesrat. Gewählt wurden Kaspar Villiger aus dem Kanton Luzern und Pascal Couchepin aus dem Wallis. Seither war nie mehr ein Zürcher oder ein Waadtländer Freisinniger im Bundesrat.

Heinz Allenspach war 16 Jahre lang Mitglied des Nationalrates und bleibt dort unvergessen. Er wurde stets mit dem zweitbesten Resultat auf der Liste wieder gewählt. Im Nationalrat war er der

grosse Spezialist und Kenner der Sozialversicherung. «Nicht verzagen, Allenspach fragen», pflegten wir in unserer Delegation zu sagen. Heinz wusste einfach alles, was die Sozialversicherungen betraf. Er war auch in den entsprechenden ständigen Kommissionen und wurde in alle diesbezüglichen Ad-hoc-Kommissionen delegiert, sei das die berufliche Vorsorge, die Arbeitslosenversicherung oder die Teilrevision der Krankenversicherung. Die Ad-hoc-Kommission zur 10. AHV-Revision präsidierte er.

Nebst all seinem grossen Engagement für die Sozialversicherungen widmete er sich auch der Bildung und Weiterbildung unserer Jugend und unserer Arbeitskräfte.

Das Ableben von Heinz hinterlässt in seiner Familie eine grosse Lücke. Aber nicht nur in der Familie wird Heinz fehlen, sondern auch bei uns im Zürcher Freisinn. Wir alle werden ihn an den jährlichen Zusammenkünften der ehemaligen freisinnigen Kantonsräte, an denen er regelmässig teilnahm, sehr vermissen und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Vreni Spoerry, Horgen

Ein Auszug einiger Kampagnensujets des kantonalen Wahlkampfes 2023 auf den Onlinemedien:



Parolenspiegel

Kantonale Vorlagen vom 27. November 2022



NEIN

A. Kantonale Volksinitiative «Gerechtigkeit schaffen – Krankenkassen-Prämienabzug der Realität anpassen (Gerechtigkeitsinitiative)» (ABI 2019-08-23)



JA

B. Gegenvorschlag des Kantonsrates Steuergesetz (StG) (Änderung vom 16. Mai 2022; Gegenvorschlag zur «Gerechtigkeitsinitiative») (ABI 2022-05-27)

C Stichfrage: Welche der beiden Vorlagen soll in Kraft treten, falls sowohl die kantonale Volksinitiative als auch der Gegenvorschlag des Kantonsrates angenommen werden?

Zutreffendes ankreuzen:

Vorlage A (Kantonale Volksinitiative)

Vorlage B (Gegenvorschlag des Kantonsrates)

Sie können die Frage C auch dann beantworten, wenn Sie bei beiden Fragen A und B mit Nein gestimmt oder auf eine Stimmabgabe verzichtet haben.

Wir empfehlen, der Vorlage B (Gegenvorschlag) des Kantonsrates zuzustimmen.



«Im Gespräch mit ... Thomas Vogel»

Vizepräsident Parteivorstand, ehemaliger Kantonsrat
und Fraktionspräsident

Nach 19 Jahren im Kantonsrat hattest du am 7. März deine letzte Kantonsratssitzung. Wie geht es dir? Es geht mir bestens (lacht). Die Vermutung hat sich bewahrheitet, dass es ein Leben nach dem Kantonsrat gibt. Es ist erstaunlich, wie rasch man vergisst, dass man 19 Jahre lang jeweils montags einen Fixpunkt im Kantonsrat hatte. Mir war immer klar, dass man sich in einem Mikrokosmos bewegt. Aber kaum ist man ausserhalb der Blase, realisiert man noch verstärkt, dass es ausserhalb der «Bubble» kaum jemanden interessiert, was innerhalb der «Bubble» passiert. Das ist schade, denn die politische Arbeit ist wichtig.

Du kannst auf eine sehr lange und erfolgreiche politische Laufbahn zurückblicken. Welcher war einer der grössten Erfolgsmomente oder Glücksmomente? Die elf Jahre Tätigkeit als Fraktionspräsident im Kantonsrat haben mir enorm Freude gemacht. Ein Highlight war sicher der Zugewinn von acht Sitzen 2015. Persönlich war auch die Nomination als Regierungsratskandidat eine Freude, weil das Vertrauen in mich eine grosse Ehre war. Und dann gibt es natürlich noch eine Reihe von erfolgreichen Vorstössen, über die ich mich freue, wie zum Beispiel das Wiederbeleben des Polizei- und Justizzentrums oder das vollständige Freimachen des Kasernenareals zugunsten einer anderen Nutzung.

Du hast vor 31 Jahren die Jungliberalen in Illnau-Effretikon aufgebaut. Wieso bist du nicht einer anderen Partei beigetreten? Für mich stand nie eine andere Partei zur Diskussion – es muss das li-

berale Gen sein. Ich war bereits Mitglied in der FDP, bevor ich mit 19 Jahren die Jungliberalen Illnau-Effretikon gegründet habe, die übrigens über dreissig Jahre später noch immer existieren und seit 1994 im Stadtparlament vertreten sind – teils mit drei Sitzen und einem Stadtrat – und einmal gar mit einem höheren Wähleranteil als die FDP. Sowohl Stadtpräsident Marco Nuzzi als auch Finanzvorstand Philipp Wespi waren Nachfolger von mir als JLIE-Präsidenten. Also ein perfektes Aufzuchtbecken (lacht).

Wie schaffen wir es, mehr «junge», engagierte Menschen für die Politik zu begeistern? Junge Menschen wollen die Relevanz der politischen Arbeit für ihr konkretes Leben sehen. Wir müssen mehr erklären und herleiten. Formulierungen wie «Wir stehen ein für gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft» holen keinen Jungen hinter dem Ofen hervor. Die Frage soll lauten, ob er gerne im Kanton Zürich lebt. Wenn ja, fragen, weshalb. Und wer denn die Schulen, Spitäler, Strassen etc. bezahlt. Und woher der Kanton das Geld dafür hat. Von den Steuern, richtig. Und wer zahlt diese? Wir alle. Und wovon? Vom Lohn. Und wer zahlt den Lohn? Die Firma. Eben: Und wir sind diejenigen, die schauen, dass es dieser gut geht.

Was wünschst du dir für den Freisinn? Dass wir weniger Energie verlieren durch Beschäftigung mit uns selbst – mehr Vertrauen in die Arbeit der eigenen Leute statt der dauernden Suche nach dem Haar in der Suppe. Der Kampf fürs Liberale ist fordernd genug und darauf ist zu fokussieren.

Was machst du jetzt mit der vielen neu dazuge-



Steckbrief:

Thomas Vogel war von 2003 bis 2022 Mitglied des Zürcher Kantonsrats und von 2008 bis 2019 Präsident der FDP-Kantonsratsfraktion.

Seit 1989 Mitglied der FDP, gründete er 1991 die Jungliberalen Illnau-Effretikon. 1994 wurde er mit 22 Jahren ins Stadtparlament von Illnau-Effretikon gewählt, das er 2001/2002 präsidierte und dem er bis 2008 angehörte. 2003 erfolgte die Wahl in den Kantonsrat mit viermaliger Wiederwahl. Unter anderem war Thomas Vogel Mitglied der Geschäftsleitung des Kantonsrates.

Thomas Vogel ist beruflich als Stellvertreter Generalsekretär des Obergerichts des Kantons Zürich tätig und hält verschiedene Mandate, unter anderem ist er Vizepräsident der FDP des Kantons Zürich, weiter ist er zum Beispiel Vizepräsident des Stiftungsrates der Eleonorenstiftung (Trägerin des Universitäts-Kinderspitals Zürich), Stiftungsrat der Zürcher Rehasentren und Präsident des Zurich Jazz Orchestra sowie des Vereins Zunfthaus zum Weggen. Weiter ist er Verwaltungsrat der ViciMed AG. Er ist Ehrenmitglied der Jungfreisinnigen Kanton Zürich und der FDP Bezirk Pfäffikon.

wonnenen Zeit? Leider ist da keine. Die Lücke hat sich in dem Moment gefüllt, als sie aufgegangen ist. Ich habe einen spannenden Beruf und zahlreiche lässige Mandate, unter anderem als Verwaltungsrat, Stiftungsrat oder Vereinspräsident. Ich bin sehr gut ausgefüllt. Zudem liebe ich das Gesellige, Jazzkonzerte mit meiner Frau und natürlich Zeit mit Familie und Freunden.

Gibt es ein Motto, welches dich durch dein Leben begleitet? Sorry für die etwas unfeine Formulierung, aber das Motto lautet nun mal so: «Every kick in the ass is a step forward.»

Wir danken dir für das Interview und den Einblick!



Aktuelle Generation 5G: Raschen Ausbau an die Hand nehmen

Blockadepolitik bekämpfen

Die Unterstützung des neusten Mobilfunkstandards 5G in der Politik ist immer noch bescheiden. Die FDP hält dem dagegen und positioniert sich klar für Technologieoffenheit und gegen Innovationsfeindlichkeit.

Der Mobilfunkstandard 5G hat in der Schweiz zwar mittlerweile eine gute Basisabdeckung, doch der Ausbau des 5G-Netzes kommt weiterhin nur schleppend voran. Nach wie vor halten sich Zweifel an der Notwendigkeit oder Bedenken bezüglich vermeintlich schädlicher Strahlung bezüglich 5G hartnäckig. Zumindest was die Strahlenbelastung betrifft, ist sich die Wissenschaft einig: Tausende Studien erkennen keine solche Wirkung. Auch gab das Bundesamt für Umwelt (Bafu) diesen Sommer Entwarnung und publizierte einen Monitoringbericht, der aufzeigt, dass die Belastung unter dem Grenzwert liegt. In Worten des Bafu: «An Orten, an denen sich Menschen üblicherweise aufhalten, liegen die Feldstärken klar unterhalb des Immissionsgrenzwerts.» Mit dem aktuellen Regelwerk können selbst die sehr strengen Grenzwerte kaum ausgeschöpft werden. Ebenfalls schreibt das Bafu, dass die Strahlenbelastung seit 2014 tendenziell abgenommen hat. Das ist wenig überraschend, da moderne Mobilfunktechnologien wie 5G weniger Strahlung benötigen und Energie verbrauchen, um Daten zu übertragen.»

FDP-Motion auf der Zielgerade

Dass der Ausbau des 5G-Netzes trotzdem nicht rascher vonstatten geht, liegt unter anderem an komplizierten Bewilligungsverfahren. Aktuell

sind schweizweit ganze 3200 Baugesuche offen. Die FDP will deshalb passive und verzögernde Haltungen gewisser Bewilligungsbehörden, wie dies beim Ausbau des 5G-Netzes zum Teil passiert ist, in Zukunft dezidiert bekämpfen. Gefordert ist eine maximale Frist (pro Instanz), innerhalb derer ein Entscheid vorliegen muss. Ein Zeichen der Politik hat hierbei eine nicht zu unterschätzende Wirkung.

Die FDP setzt sich seit mehreren Jahren an vorderster Front für eine Modernisierung des Mobilfunks und die damit verbundene Nutzung des 5G-Netzes ein. Im Mai 2020 reichte die FDP eine Fraktionsmotion ein, die fordert, dass den Anbietern der Aufbau eines nationalen 5G-Netzes zu wirtschaftlichen und international vergleichbaren Kosten zu ermöglichen ist. Zudem soll der Bundesrat zusammen mit der Branche die breite Bevölkerung über die künftige Mobilfunk-Generation sachgerecht informieren. Der Bundesrat hat die Annahme dieser Motion empfohlen und der Nationalrat hat ihr zugestimmt. Die vorberatende Kommission des Ständerats hat zwar noch einen zusätzlichen Bericht bei der Verwaltung angefordert, doch es ist zu hoffen, dass sich auch die kleine Kammer in den nächsten Monaten für die Annahme des FDP-Vorstosses ausspricht.

5G ermöglicht Internet der Dinge

Auch wenn gewisse Teile der Motion mittlerweile bereits erfüllt sind, hätte ein Ja beider Kammern eine positive Signalwirkung. Schliesslich geht es bei der neusten Generation 5G längst um mehr als die Möglichkeit ein Video schneller zu verschicken. Es bietet viele neue Eigenschaften für Anwendungen in der Industrie, für neue Dienstleistungen, in der Landwirtschaft oder auch im Umfeld der Rettungskräfte. Von dieser Entwicklung profitieren nicht nur Smartphone-Nutzer – vielmehr stärkt eine leistungsfähige Mobilfunkinfrastruktur die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft und bietet eine Innovationsplattform für findige Unternehmer. Ein paar ausgewählte Beispiele: Über Sensoren wird Alarm geschlagen, wenn ein Fluss über die Ufer tritt; die Müllabfuhr leert gezielt nur jene Mülleimer, die bereits voll sind, und auf dem Rückweg aus den Skiferien lässt sich die Heizung in der Wohnung per Smartphone einschalten.

Für die FDP stehen Technologieoffenheit und Innovationsfreundlichkeit an erster Stelle. Deshalb wehren wir uns gegen Blockadepolitik und Falschinformationen und setzen uns für ein leistungsfähiges und zukunftsgerichtetes Mobilfunknetz ein.

Marco Wölfli



Thomas Hauser ist Geschäftsleiter von Benevol Schweiz und damit quasi der höchste «Ehrenamtliche» der Schweiz. Im Interview spricht er von Massnahmen gegen die rückläufige Freiwilligenarbeit und wie das Ehrenamt der Zukunft aussieht.

Was zeichnet die Freiwilligenarbeit in der Schweiz aus? Sicher die vielfältige Ausprägung. Freiwilligenarbeit wird unterschiedlich gelebt und auch gefördert. Auf dem Land sind Vereine prägender, während in urbanen Gebieten eher Event- oder projektbezogene Freiwilligenarbeit im Vordergrund steht. Daneben gibt es Unterschiede zwischen den Sprachregionen, zwischen Bergkantonen und dem Flachland und bezüglich der Förderung durch die Politik: Im Kanton Waadt ist Freiwilligenarbeit sogar in der Verfassung verankert.

Welche Bedeutung hat die Freiwilligenarbeit in der Schweiz? Die Schweiz ist ein Land der Vereine und diese Vereine sind ein wesentlicher Treiber für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Rund 41 Prozent der Bevölkerung engagiert sich mehrere Stunden pro Woche ehrenamtlich. Dieses Engagement ist rund 32 Milliarden Franken wert. Das zeigt den enormen Umfang der Freiwilligenarbeit.

Die geleistete Freiwilligenarbeit ist in den letzten Jahren leicht zurückgegangen. Welches sind die Gründe dafür? Corona hat eine grosse Rolle gespielt, weil Seniorinnen und Senioren zeitweise von vielen freiwilligen Aktivitäten ausgeschlossen

waren. Dafür hat in dieser Zeit die Nachbarschaftshilfe an Zuwachs gewonnen. Beim generellen Trend sind verschiedene Faktoren ausschlaggebend, wie zum Beispiel die vermehrte Erwerbstätigkeit von Frauen.

Was tut Benevol Schweiz dagegen? Wir informieren und vermitteln zwischen Interessierten und Institutionen, die Freiwillige suchen. Wir wollen die Möglichkeiten der Freiwilligenarbeit sichtbar machen. Viele wollen sich nicht langfristig in einem Verein engagieren, aber während einer gewissen Zeit für einen Event oder ein Projekt arbeiten. Hier können wir Optionen aufzeigen.

Welche Bereiche haben einen Mangel an Freiwilligen und wo hat es genug? Im sozialen Bereich ist der Bedarf konstant hoch. Dagegen sind Tätigkeiten für die Umwelt und den Naturschutz sehr beliebt. Auch die Mitarbeit bei Sport- und Musikveranstaltungen zieht viele Freiwillige an.

Wie sieht die Freiwilligenarbeit der Zukunft aus? Es braucht sicher Anpassungsfähigkeit seitens der Vereine. Möglich, dass es mehr Co-Präsiden in Vorständen gibt. Wenn es in einem Dorf drei Chöre

Wir sagen DANKE

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind zentrale freisinnige Werte. Zum Jahresende will die FDP den Gemeinsinn ins Zentrum rücken und lanciert die Aktion «Wir sagen DANKE», um die Freiwilligenarbeit in der Schweiz zu würdigen. In den nächsten Wochen erhalten alle Ortsparteien passend gestaltete Postkarten. Diese können mit einem persönlichen Gruss an Personen geschickt werden, sie sich in der jeweiligen Gemeinde besonders engagieren, sei es die Präsidentin des Samariterversands, der Trainer der Fussballjunioren oder die Leiterin der Theatergruppe.

Bei den Millionen von Schweizerinnen und Schweizern, die sich freiwillig engagieren, gibt es praktisch unendlich Beispiele. Diese Aktion soll Menschen danken, die ehrenamtlich arbeiten und dadurch den Zusammenhalt und den Gemeinsinn in der Schweiz fördern.

Wenn Sie sich auch an der Aktion beteiligen und Postkarten an freiwillig Engagierte schicken möchten, dürfen Sie sich gerne bei Gabrielle De Simone vom Wahlkampfteam melden. E-Mail an desimone@plr.ch oder QR-Code scannen.



Thomas Hauser.

gibt, ist eventuell ein Zusammenschluss möglich, was auch Synergien ermöglicht. Auch der Trend, dass Leute in befristeten Projekten mitarbeiten wollen, wird sicher zunehmen.

Interview: Marco Wölfli

Alessandra Gianella führt seit drei Jahren die FDP-Fraktion im Tessiner Kantonsparlament.



«Als Tessiner Politikerin braucht man klare Positionen»

Alessandra Gianella ist neue Vizepräsidentin der FDP Schweiz

Die Delegierten haben die Tessinerin Alessandra Gianella in Burgdorf zur neuen Vizepräsidentin der FDP Schweiz gewählt. Im Interview spricht Gianella über ihre Verbundenheit zu China, die Besonderheiten der Tessiner Politik und wieso sie als Staatsrätin kandidiert.

Herzlichen Glückwunsch zur Wahl zur Vizepräsidentin. Was motiviert Sie zu diesem Amt?

Ich bin schon lange aktiv in der FDP und habe mich gerne zur Verfügung gestellt. Ich finde es wichtig, dass es in der FDP ein Bindeglied zwischen der italienischen Schweiz und der Restschweiz gibt. Manche Themen werden im Tessin zuerst aktuell, wie beispielsweise die Corona-Pandemie, aber auch Probleme mit dem Arbeitsmarkt oder der Mobilität.

Welchen Fokus möchten Sie im Präsidium einbringen?

Wir hatten zuerst die Covid-Pandemie, jetzt den Krieg in der Ukraine und eine gefährdete Energieversorgung. Das Präsidium der FDP Schweiz hat jeweils eine klare Haltung gezeigt und ich möchte

an diese Arbeitsweise anknüpfen und mithelfen. Es ist wichtig, dass die FDP von Beginn weg konstruktive und innovative Lösungen aufzeigt. Das passt auch zum Geist der Schweiz.

Sie sind lange in der Tessiner Politik aktiv. Was zeichnet die Politik im Südkanton aus?

Die Tessiner Politik ist stark medial geprägt und der Fokus liegt stark auf dem Kanton. Es gibt jede Woche mindestens zwei bis drei politische Debatten im TV und viel andere Berichterstattung. Als Tessiner Politikerin ist man stark gefordert und braucht klare Positionen. Die Nähe zu Italien sorgt auch dafür, dass Themen eines Grenzkantons in die politische Agenda einfließen.

Sie haben eine starke Verbundenheit zu China.

Wie ist es dazu gekommen?

Als Teil einer Schweizer Minderheit wollte ich neben den Landessprachen und Englisch eine exotische Sprache lernen, um mir einen Wettbewerbsvorteil in der Arbeitswelt zu verschaffen. Deshalb habe ich Chinesisch gewählt, und später habe ich zwei Jahre in China studiert. Diese Zeit hat mich stark geprägt, da ich erst 19-jährig war. Ich habe die chinesische Kultur intensiv erfahren und dabei viel über China und Asien gelernt.

Was fasziniert Sie an China?

Die alte Kultur und die spannende Geschichte. Wenn man die Sprache beherrscht, hilft das, Beziehungen zu knüpfen und Einheimische besser kennenzulernen. Da China ein wichtiger Handelspartner der Schweiz ist, macht es Sinn, wenn wir China verstehen.

In den letzten Jahren hat sich die Beziehung zwischen der Schweiz und China kompliziert. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Die Schweiz hat klare Werte, die sie auch gegenüber China vertritt. China hat sich zwar verändert,

Das Präsidium ist toll zusammengestellt und ich freue mich, die Perspektive der italienischen Schweiz einzubringen.



Nationalrat und Vizepräsident Philippe Nantermod stellt Alessandra Gianella am Tag der FDP vor. Foto: Yannic Reber



Parteipräsident Thierry Burkart übergibt Alessandra Gianella ihr Trikot für das «Team Präsidium». Foto: Yannic Reber

aber es ist wichtig, dass die Schweiz den Dialog weiterhin pflegt. Diplomatie braucht Dialog.

Auch mit Ihrem Unternehmen SinoCom pflegen Sie wirtschaftliche Beziehungen mit China. Wie haben Sie die Schwierigkeiten der letzten Jahre erlebt?

Die letzte zwei Jahren waren eine grosse Herausforderung. Ich versuche eine Brücke zwischen den beiden Ländern zu bilden und berate Unternehmen aus China und der Schweiz bei ihren Aktivitäten im jeweils anderen Land. Dabei ist es wichtig, dass man beide Kulturen kennt. Zuletzt war es aufgrund der Covid-Regeln schwierig, nach China zu reisen. Ich hoffe, dass es nächstes Jahr wieder einfacher wird.

Was ist bei Geschäftsbeziehungen mit China zu beachten?

Es ist eine andere Kultur. Das Individuum steht weniger im Zentrum. Der Aufbau guter persönliche Beziehungen muss zuerst entstehen, bevor man übers Geschäft spricht. Dabei hilft es, wenn man die Sprache beherrscht.

Was ist Ihre Lieblingsstadt in China?

Das ist sicher Hangzhou, wo ich zwei Jahre gelebt habe. Aber das Spannende an China ist, dass es so gross und vielfältig ist. Es gibt grosse Unterschiede zwischen den Regionen und viele interessante Orte. Die Mehrsprachigkeit und die kulturelle Vielfalt erinnern an die Schweiz.

Im April finden im Tessin kantonale Wahlen statt und Sie kandidieren für den Staatsrat. Was hat Sie zur Kandidatur bewogen?

Ich bin nun seit zwei Legislaturen im Grossen Rat und seit drei Jahren Fraktionschefin. Die nächsten Jahre sind entscheidend für den Kanton Tessin. Wir haben gute Aussichten und in den Bereichen Innovation und Forschung bewegt sich viel. Aber das Tessin ist manchmal etwas pessimistisch, dem möchte ich als Staatsrätin entgegenwirken und optimistisch in die Zukunft gehen, mit innovativen Projekten und Investitionen.

Wie ist die FDP Tessin aufgestellt?

Die FDP hat gute Lösungen für die Herausforderungen Bildung, Umwelt und Steuerattraktivität,

die das Tessin betreffen. In den letzten Jahren hat sich die Tessiner FDP stark verjüngt, das stimmt positiv. Zudem haben wir Arbeitsgruppen gebildet, in denen Fachleute ihre Expertise aus verschiedenen Bereichen einbringen und wir tragen die Positionen in die Politik. Dieser Bottom-up-Ansatz ist vielversprechend. Die FDP kann dazu als grosse Partei etwas bewirken, aber natürlich muss sie auch das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen.

Interview: Marco Wölfli

Alessandra Gianella

Alessandra Gianella (36) hat an den Universitäten Zürich und Lugano und an der Zhejiang University in Hangzhou studiert. Beruflich war sie für Adaxis Management AG und Eco-nomiesuisse tätig. Vor zwei Jahren gründete Gianella SinoCom. Für die FDP Tessin sitzt sie seit sieben Jahren im Grossen Rat und leitet seit drei Jahren die Fraktion. Gianella ist verheiratet und lebt in Lugano.

Migration aus der Ukraine

Justizministerin Karin Keller-Sutter trifft sich im März 2022 im Bundesasylzentrum Basel mit Mitarbeiterinnen des Heks.



Schutz bieten: Schnell, beherzt und koordiniert

Die Schweiz ist krisentauglich

Bundesrätin Keller-Sutter blickt auf ein Jahr zurück, das vom Krieg in der Ukraine und der ausserordentlichen Solidarität in unserem Land geprägt ist.

Seit dem Beginn des von Russland geführten Angriffskrieges am 24. Februar 2022 ist es eine Mischung aus Betroffenheit und Verantwortung, die das Handeln des Bundesrates bestimmt. Auch wenn wir als Land die Ereignisse in der Ukraine nur begrenzt beeinflussen können, muss der Bundesrat die Folgen in der Schweiz möglichst aktiv bewältigen. Es gilt zu agieren, statt zu reagieren.

Starker Zusammenhalt im Schengenraum

Unmittelbar nach Kriegsbeginn stand die Koordination auf europäischer Ebene im Zentrum. Drei Tage nach dem Angriff traf ich mich in Brüssel mit den Innenministern des Schengenraums. Die Stimmung vor Ort wird mir wohl immer in Erinnerung bleiben. Sie war geprägt von Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit und dem Willen, dem ukrainischen Volk zu helfen und unsere freiheitlichen Werte zu verteidigen. Rasch wurden die nötigen Entscheide getroffen und die Modalitäten für die Aufnahme von Millionen von Kriegsvertriebenen koordiniert.

In der Schweiz hat der Bundesrat kurz darauf den Schutzstatus S aktiviert, fast zeitgleich und ab-

gestimmt mit der EU. Seither haben über 66 000 Vertriebene, vor allem Frauen und Kinder, unbürokratisch kollektiven Schutz in unserem Land erhalten. Eine gute und enge Koordination mit den Kantonen wurde im Rahmen des Sonderstab Asyl (SONAS) erreicht, den ich im März eingesetzt

habe. Dieser musste sich sofort vielen Herausforderungen wie Registrierung, Unterbringung und Betreuung der Vertriebenen stellen.

Gleich zu Beginn habe ich auch die Sozialpartner einbezogen, um bessere Voraussetzungen für Integration in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Arbeit gibt den Geflüchteten Halt und Unabhängigkeit; sie hilft auch, die Kompetenzen zu erhalten für eine spätere Rückkehr in die Heimat. Das Ziel ist: Arbeit vor Sozialhilfe.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter auf dem Weg zu einem ausserordentlichen Treffen der EU-Innenminister drei Tage nach Kriegsbeginn.

«Wer Schutz braucht, soll ihn in der Schweiz erhalten. Wer keine Schutzgründe geltend machen kann, muss zurückkehren.»

Kurz- und mittelfristige Zukunft vorbereiten

Kurz vor dem Winter bereiten sich die internationale Gemeinschaft, Bund, Kantone und Gemeinden auf einen möglichen Anstieg von Schutzsuchenden vor. Gleichzeitig unterstützt die Schweiz in der Ukraine auch Projekte, welche die provisorischen Unterkünfte für Vertriebene vor Ort winterfest machen.

Auch wenn die Voraussetzungen für eine Aufhebung des Status S gegenwärtig nicht erfüllt sind, müssen wir bereits jetzt die Rückkehr der Schutzsuchenden in ihre Heimat vorbereiten. Zur Erinnerung: Der Schutzstatus S ist rückkehrorientiert. Wir müssen einen Plan haben, wenn dereinst die Rückkehr der Geflüchteten in ihre Heimat wieder möglich sein wird. Mein ukrainischer Amtskollege sagte mir im Juli, dass die Ukraine ihre Bürger für den Wiederaufbau des Landes braucht.

Längerfristig gilt es, Bilanz zu ziehen zur erstmaligen Anwendung des Schutzstatus S. Bereits im Juli nahm die Evaluationsgruppe des Status S ihre Tätigkeit auf. Diese Gruppe besteht aus Persönlichkeiten mit viel Erfahrung in der Migrationspolitik. Ihre Aufgabe ist es, die Erfahrungen bis im Sommer 2023 auszuwerten und aufzubereiten und zu prüfen, ob es allenfalls gesetzlichen Anpassungsbedarf beim Status S gibt.

Was mich in dieser Krise besonders beeindruckt, hat, war einerseits die grosse Solidarität

in der Bevölkerung. Ohne diese hätten wir es nicht geschafft, für so viele Personen in so kurzer Zeit Unterkünfte zu finden. Andererseits sehen wir, dass die Schweiz krisentauglich ist. Die Institutionen sind gut aufgestellt. Sie sind solide und professionell. Das Entscheidende ist aber eher menschlicher als struktureller Natur: Es braucht eine klare Führung. Man muss die Akteure sehr schnell an einen Tisch bringen und die Kompetenzen dort abholen, wo sie vorhanden sind. Was zählt, ist das Ergebnis: die Hilfe für die Ukrainerinnen und Ukrainer war schnell, beherzt und koordiniert. Darauf kann unser Land stolz sein.

Die Flüchtlingsbewegungen, die durch den Krieg in der Ukraine ausgelöst wurden, sind Teil der hybriden Kriegsführung Russlands. Sieben Millionen Geflüchtete wurden bislang in Europa aufgenommen. Einige Staaten geraten vor allem auf dem Hintergrund der weiteren Fluchtbewegungen in Richtung Europa an ihre Belastungsgrenze. Ich setze mich deshalb in der Schweiz und auf europäischer Ebene weiterhin dafür ein, dass wir die irreguläre Migration bekämpfen. Wer Schutz braucht, soll ihn in der Schweiz erhalten. Wer keine Schutzgründe geltend machen kann, muss zurückkehren.

Karin Keller-Sutter, Bundesrätin



September 2022: Bundesrätin Keller-Sutter und der österreichische Bundesinnenminister Karner einigen sich auf einen gemeinsamen Aktionsplan gegen irreguläre Migration.



März 2022: Besuch im Bundesasylzentrum Basel.



Kick-off-Veranstaltung der Evaluationsgruppe Status S im Juli 2022.



Gespräch mit Margaritis Schinas, Vizepräsident der EU-Kommission, im März 2022.

Jungfreisinnige

Ständerat Philippe Bauer begrüsst die Jungfreisinnigen in Neuenburg.



DV in einzigartiger Umgebung

Jungfreisinnige sind bereit für den Wahlkampf

Die letzte Delegiertenversammlung der Jungfreisinnigen Schweiz fand in Cressier im Kanton Neuenburg statt. Gastgeberin war die Varo SA, die die einzige Erdölraffinerie der Schweiz. Rund 80 Mitglieder kamen nach Cressier, um unter anderem die neuen Positionspapiere zur Europa- und LGBTQ+-Politik anzunehmen.

Es war ein regnerischer Tag in der sonst so sonnigen Romandie. Doch das hinderte die Delegierten nicht daran, schon ganz früh aus der ganzen Schweiz anzureisen. Grund dafür war die Erdölraffinerie in Cressier. Die Betreiberin erklärte den Anwesenden in zwei Vorträgen, wie wichtig die Raffinerie für die Schweiz ist. Die Delegierten konnten ihre Fragen direkt an die Geschäftsführer stellen und am Schluss in einem Car über das Gelände fahren – zu Fuss hätte dies aufgrund der eindrücklichen Dimensionen zu lange gedauert.

Neues aus dem Bundeshaus

Mit dem Besuch von Ständerat Philippe Bauer und Fraktionspräsident Damien Cottier erfuhren die Mitglieder des Jungfreisinns aus erster Quelle, was derzeit im Bundeshaus für Diskussionen sorgt. Besonders die Strommangellage, die Beziehungen zur Europäischen Union, aber auch die eidgenössischen Wahlen 2023 sind weit oben auf der Traktandenliste. Die beiden Parlamentarier lobten die Arbeit der Jungfreisinnigen und zeigten sich erfreut über deren Präsenz in der Romandie. Neben zwei Positionspapieren zur Europa- und zur LGBTQ+-Politik, verabschiedeten die Delegierten ein neues Leitbild, das sogenannte

«Liberales Manifest». Schliesslich bestimmten sie den Austragungsort des nächsten Kongresses. Dieser wird im März 2023 in St. Gallen stattfinden. Um den Tag ausklingen zu lassen, fand in einer «Cave» in der Nähe von Neuenburg eine Weine degustation statt.

Aufbruch 2023

Der Vorstand der Jungfreisinnigen Schweiz traf sich Anfang Oktober in Zürich, um die notwendigen Schritte für das Wahljahr 2023 zu planen. Das Generalsekretariat präsentierte den Fahrplan für das nächste Jahr. Die Ideen der Vorstandsmitglieder flossen ein und wurden entsprechend verarbeitet. Das Ziel ist klar: Ein weiterer Einzug in den Nationalrat! Denn schon heute stellt der Jungfreisinn den jüngsten Nationalrat sowie die jüngste Ständerätin. Keine andere Jungpartei kann diese Erfolge vorweisen. Die operative Umsetzung des Wahlkampfkonzepts bringt viel Arbeit mit sich. Das Generalsekretariat wurde deshalb bereits um 60 auf 160 Stellenprozente erhöht. Ein spannendes Wahljahr ist garantiert.

Swen Gaberthüel,
Generalsekretär Jungfreisinnige Schweiz



Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen, freute sich über den grossen Aufmarsch.



Rund 80 Jungfreisinnige fanden den Weg nach Cressier.



Nationalrat und Fraktionspräsident Damien Cottier im Gespräch mit Gilles Vollen von Varo.



Die Schweiz hat Nachholbedarf

Vernachlässigtes digitales Potenzial

Die FDP International trägt die Aussensicht auf die Schweiz in die FDP und die Schweizer Politik. Immer wieder erfahren wir, dass der Stand der Digitalisierung in vielen Wohnsitzländern unserer Mitglieder weiter fortgeschritten ist als in der Schweiz. Das zeigt, dass die Digitalisierung stärker vorangetrieben werden muss.

Die elektronische Wohnsitzanmeldung mit der E-ID in Deutschland, Online-Abwicklung von Import- und Export-Geschäften in Kanada, das eigene umfassende elektronische Patientendossier in der Türkei, das Telefon als Bankkonto in Sambia – die Beispiele für digitale Anwendungen in anderen Ländern sind endlos. In mindestens zwei Dutzend Ländern gibt es eigentliche Ministerien für Digitalisierung. Zehn davon sind in einem Forum «Digital Nations» zusammengeschlossen, haben gemeinsame Prinzipien, Standards und «Best Practices» festgelegt und unterstützen sich gegenseitig bei neuen Entwicklungen.

In der Schweiz sehen wir durchaus Anstrengungen und Fortschritte. Erst kürzlich sprach sich der Nationalrat für das Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben aus. Davon würden auf jeden Fall die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer profitieren. E-Voting ist ein zentrales Anliegen, um

bei Abstimmungen und Wahlen die politischen Rechte wahrzunehmen, eine E-ID ist Voraussetzung für den Verkehr mit Behörden. Es sind aber auch die unzähligen Schweizer Firmen im Ausland, denen digitale Lösungen ihre Abläufe vereinfachen könnten. Und nicht zuletzt sind in einem modernen und innovativen Land wie der Schweiz gedruckte Formulare und Behördengänge ein Anachronismus.

Woran liegt es?

Während sich weltweit Nationen zusammen auf Standards einigen, haben wir in der kleinen Schweiz 26 Lösungen, im besten Fall wenigstens kompatibel. Unser Föderalismus ist wertvoll, wenn es darum geht, regionale Besonderheiten in der Politik abzubilden und das Prinzip der Subsidiarität zu leben, aber bei umfassenden Entwicklungen und Projekten müssten Lösungen auf Bundesebene gesucht werden.

Wir haben für fast alle Vorgänge gut entwickelte und erprobte nicht digitale Lösungen – und Altbekanntes gibt man nicht gerne auf. Aus diesem Grund haben oft genannte Länder wie Estland und Uruguay die Nase vorn. Sie haben den Schritt über funktionierende Verwaltungen übersprungen und sind gleich ins digitale Zeitalter eingestiegen. In der Bevölkerung herrscht Skepsis gegenüber digitalen Lösungen, Datenschutz ist zentral – auch wenn man gleichzeitig fast alles von sich preisgibt über Apps, Social Media, Fitness Trackers usw. In anderen Kulturen sind solche Vorbehalte weniger präsent, was auch zu nach unserem Verständnis nicht nachahmenswerten Entwicklungen führt, zum Beispiel China.

Mehr Effizienz, tiefere Kosten

In sämtlichen Departementen gibt es grosses Potenzial für Vereinfachungen, höhere Effizienz und tiefere Kosten. Im BAG versucht man Defizite abzubauen, die während der Pandemie deutlich geworden sind. Wirklich erfolgreich scheinen die Anstrengungen bisher nicht, wie auch der ehemalige Digitalisierungschef des BAG in einem Interview im «Tages-Anzeiger» anprangert.

Dass im VBS endlos Millionen in verschiedenen abgebrochenen Projekten versickert sind, ist hinlänglich bekannt.

Das EDA ist auf gutem Weg, die Administration in der konsularischen Betreuung zu vereinfachen.

Ähnlich wie die Koordination zum Teil in den Kantonen fehlt, sind auch die verschiedenen Departemente unterschiedlich unterwegs. Was fehlt, ist eine Vision und übergeordnete Strategie wie zum Beispiel in Kanada: «Government in a digital age – Working on tomorrow's Canada, today.»

Helen Freiermuth,
Präsidentin FDP International

FDP International

Können wir in der Schweiz nicht auch einen koordinierten Ansatz für den Weg in die digitale Zukunft finden? Die FDP International versucht aktiv mit Ideen und internationaler Expertise zum Thema beizutragen. Haben Sie eigene Ideen oder möchten Sie sich über das Thema austauschen? Dann freuen wir uns auf Ihr E-Mail an freiermuth@fdp.international.com oder luessi@fdp.ch.

Kantonale Wahlen

Die wiedergewählten Regierungsräte Andreas Hostettler (links) und Florian Weber.



Ständerat Matthias Michel gratuliert Etienne Schumpf zur Wahl in die Zuger Stadtregierung.



Zufrieden Gewählte von links: Urs Andermatt, Michael Arnold, Karl Bürgler (alle Kantonsrat) sowie Mark Gustafson (Gemeinderat Baar).

Cédric Schmid hat als Präsident der FDP Zug seine Partei zum Sieg geführt. Im Interview spricht Schmid über die Bedeutung der Door-to-Door-Kampagne und wieso in den Tagen vor der Wahl noch ein besonderer Einsatz erforderlich war.

Nur eine Woche nach dem eidgenössischen Abstimmungssonntag wurden die Zugerinnen und Zuger erneut an die Urne gerufen. Im Zentralschweizer Kanton stand am 2. Oktober ein Super-Sunday an. An den Gesamterneuerungswahlen wurden sämtliche Exekutiv- und Legislativämter im Kanton und in allen Gemeinden erneuert. Die FDP gehörte an diesem Wahlsonntag zu den Gewinnerinnen. Die beiden bisherigen Regierungsräte Andreas Hostettler und Florian Weber wurden souverän wiedergewählt und im Kantonsrat legte die FDP zwei Sitze zu und ist neu zweitstärkste Partei im Kanton.

Wie hast du als Präsident der FDP Zug den Wahlsonntag erlebt?

Cédric Schmid: Es war ein intensiver, aber natürlich sehr erfreulicher Tag. Kurz vor 14 Uhr erhielt ich die ersten Resultate aus der Berggemeinde Menzingen, wo wir den Wähleranteil erhöht haben und ein Gemeinderatssitz haben erobern können. Danach ging es schnell: eine Gemeinde nach der anderen meldete: FDP legt zu! Mit all diesen News folgten die riesige Erleichterung und damit auch zahlreiche Gratulationen – auch von Thierry Burkart, was mich besonders gefreut hat.

Wurde nach dem Sieg noch kräftig gefeiert?

Aber natürlich! In fast allen Gemeinden fanden Wahlfeiern statt bis tief in die Nacht hinein. Einige Kandidierende und Wahlhelfer haben den Start in die Arbeitswoche etwas später begonnen. Dieser Wahlsieg hat uns allen gutgetan – alle sind topmotiviert und bereit, die neue Legislaturperiode in Angriff zu nehmen!

Wie anspruchsvoll waren die letzten Tage vor der Wahl?

Sehr anspruchsvoll. In der letzten Woche vor dem Super-Sunday erfuhren wir, dass der Rücklauf der Wahlcouverts sehr tief sei. Deshalb haben wir noch einmal im persönlichen Umkreis potenzielle freisinnige Wähler kontaktiert und motiviert, wählen zu gehen. Die daraus erhaltenen Rückmeldungen zeigten uns: dieser Kraftakt hat sich gelohnt. Viele bedankten sich für den persönlichen «Reminder» und gingen zur Urne. Dies ist nur eine von verschiedenen Massnahmen, die wir in der letzten Woche noch getroffen haben.

Zwei Sitze im Kantonsrat gewonnen (neu 18) und beide Regierungsräte souverän wiedergewählt. Bist du zufrieden?

Grundsätzlich schon. Die FDP hat das erste Mal seit 1994 wieder Sitze im Kantonsrat gewonnen. Eines unserer erklärten Ziele waren 19 Sitze im Kantonsrat, also ein Gewinn von drei Sitzen. Wenn jener in der Stadt Zug nicht verloren gegangen wäre, hätten wir es geschafft. Alle anderen Ziele haben wir aber gut erreicht – insbesondere freuen mich die hervorragend wiedergewählten Regierungsräte und auch, dass 33 Prozent aller Gemeinderatssitze in FDP-Hand sind.

Wäre sogar noch mehr drin gelegen?

Bei einem Wähleranteil von 21,9 Prozent könnte man im Grundsatz zufrieden sein. Trotzdem sage ich, es liegt noch mehr drin. Bei den zugewanderten, welche eher liberal sind und auch aus unternehmerischen Kreisen stammen, haben wir das grösste Potenzial. Dies zeigen insbesondere die Resultate aus der Stadt Zug und auch die in der Gemeinde Risch/Rotkreuz. Ganz nach dem Motto «Nach den Wahlen ist vor den Wahlen» gilt es, dieses Potenzial aufzubauen, damit wir im Kanton Zug in den nächsten Wahlen wieder mit positiven Zahlen glänzen können.

Was nimmst du von diesem Wahlkampf mit?

«Die Wahlen sind erst am Wahlsonntag um 12 Uhr fertig.»

Viel Erfahrung. Der direkte Kontakt und der intensive Austausch mit den Sektionsparteien war enorm wichtig, wie auch der frühe Beginn der Wahlvorbereitungen. Im Zentrum der intensiven Vorbereitungsarbeiten lag die Wahl unseres Wahlslogans. Nach intensiven internen Diskussionen und verschiedenen, tiefgründigen Meinungsfindungsprozessen entschieden wir, das Claim «Lebensqualität» zu wählen. Dieser Prozess förderte auch den Zusammenhalt in der Partei – eine wichtige Voraussetzung, um Wahlen zu gewinnen.

Auch die Door-to-Door-Kampagne war eine Schlüsselaktion. In den Gemeinden, in denen wir auf Door-to-Door gesetzt haben, gab es die grösseren Gewinne. Eine weitere Erkenntnis ist die Bedeutung von Social Media. Heutzutage ist es unumgänglich, dass Kandidierende während des Wahlkampfes kurze Videos mit einer Botschaft auf allen möglichen Kanälen verbreiten. Dies ersetzt aber keinesfalls die persönlichen Begegnungen auf der Strasse, in Vereinen und verschiedenen, regionalen Kreisen.



Cédric Schmid führte die FDP Zug als Präsident zum Erfolg.

Welche Tipps hast du für die Kantonalparteien, die nächstes Jahr kantonale Wahlen haben?

Kurz und bündig: Die Wahlen sind erst am Wahlsonntag um 12 Uhr fertig, keine Minute vorher. Bis dahin muss man dranbleiben und die Leute mobilisieren, dass sie tatsächlich wählen gehen. Die letzte Woche vor den Wahlen darf keinesfalls unterschätzt werden!

Interview: Marco Wölfli

Die FDP will künftig mehr Personen in den Baselbieter Landrat entsenden.



Einsatz für den Menschen

Machen statt nur wollen

Nationalrätin Daniela Schneeberger ist überzeugt, dass ihre Kantonalpartei bei den kommenden Wahlen zu den Gewinnern gehört. Die FDP Baselland rückt die Wählerinnen und Wähler konsequent in den Fokus.

Am 12. Februar 2023 finden im Baselbiet die kantonalen Wahlen statt. 90 Kandidatinnen und Kandidaten für die Landratswahlen sowie die bisherige Regierungsrätin Monica Gschwind für die Regierungsratswahlen treten an. Klar, fiebere ich auch mit. Die FDP Baselland hat sich entschieden, die Kampagne anders und innovativer aufzugleisen als bisher. So stellen wir bewusst den Menschen – also die Wählerinnen und Wähler – in den Fokus, das heisst, wir wollen auf leere Floskeln und polemische Versprechungen verzichten. Unter unserem Leitsatz «zuverlässig liberal» wollen wir ins Doppelwahljahr starten. Unser Leitmotiv ist, dass Baselbieterinnen und Baselbieter ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Für Herausforderungen finden wir Lösungen. Sei dies bei der Überwindung der Stromkrise, im Kampf für eine zeitgemässe Bildung und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Eben: zuverlässig liberal, und dies seit über 100 Jahren!

Probleme erkennen und lösen

Der Anspruch ist hoch, denn den Menschen in den Fokus zu stellen braucht sehr viel Engagement – sei es vom Wahlkampfteam, aber vor allem auch von den Kandidatinnen und Kandidaten. Es reicht nicht, sich im stillen Kämmerchen einen Slogan zu überlegen und dann für die sozialen Medien die

blauen Balken auf ein Bild zu legen. Es reicht auch nicht, vergangene Erfolge oder Leistungen zu zeigen. Der Mensch im Fokus heisst Machen. Und zwar konsequent: Probleme erkennen und lösen. Unter den Jungen gibt's dazu einen guten Spruch: Machen ist wie Wollen, nur krasser.

Wir sind also mutig und selbstbewusst: Wir haben die liberalen Köpfe aus dem Baselbiet auf unseren Listen, die sich seit Jahren für ihre Gemeinden, für den Kanton und für den Freisinn einsetzen.

Unsere bisherige Regierungsrätin tritt nochmals an. Gemeinsam mit dem bisherigen Regierungsrat Anton Lauber von der «Mitte» und der SVP, welche die Nationalrätin Sandra Sollberger (neu) für den abtretenden Thomas Weber stellen. Zusammen bilden wir die sogenannte «Bürgerliche Allianz» und wollen die bürgerliche Mehrheit (das heisst drei von fünf Sitzen) in der Baselbieter Regierung behalten.

Als FDP haben wir zurzeit 17 von 90 Sitzen im Landrat, dies entspricht einem Wähleranteil von 17,4 Prozent. Wir sind damit die drittstärkste Partei (SP 22,84 Prozent vor SVP 22,66 Prozent). Unser Ziel ist klar: die SP überholen. Dafür werden wir kämpfen.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL

900 Freisinnige starten gemeinsam ins

Erfolgreicher Parteitag in Burgdorf

Die FDP ist bereit für einen erfolgreichen Wahlkampf. Präsident Thierry Burkart rief die rund 900 Freisinnigen auf, für Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt zu kämpfen und gemeinsam die Wahlen 2023 zu gewinnen.

Exakt ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen stimmte sich die FDP. Die Liberalen im Beisein von Bundespräsident Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter gemeinsam auf den Wahlkampf ein. Parteipräsident Thierry Burkart betonte in seiner Rede, dass die FDP für klare Positionen steht: «In den letzten Monaten hat es die FDP geschafft, wieder Themenführer zu sein. Gerade in

der Sicherheits-, Energie- und Wirtschaftspolitik mussten sich die Parteien links und rechts von uns an der FDP abarbeiten – und nicht wir an ihnen. Wir haben in der Öffentlichkeit auf breit diskutierte und breit akzeptierte Themen gesetzt. So wie es sich gehört für diejenige politische Kraft, die dieses Land mit Abstand am meisten geprägt und gestaltet hat und es auch in Zukunft tun wird.»



Parteipräsident Thierry Burkart betonte den Wert liberaler Lösungen.



Das liberale Feuer brennt für einen erfolgreichen Wahlkampf 2023.



Der liberale Publizist Ferghane Azihari kam aus Paris an den Tag der FDP.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Bundespräsident Ignazio Cassis im Gespräch mit Parteipräsident Thierry Burkart.



Matthias Müller, Präsident Jungfreisinnige, sprach über die Renteninitiative.



Rede von Fraktionspräsident Damien Cottier.



Parteipräsident Thierry Burkart (links) bedankt sich bei alt Bundesrat Kaspar Villiger für seine Rede.

Wahljahr

Das Präsidium mitsamt Generalsekretär ist bereit für den Wahlkampf. Fotos: Yannic Reber



Nationalrätin und Präsidentin der FDP Frauen, Susanne Vincenz-Stauffacher, dankt allen Beteiligten für den Einsatz zugunsten der Individualbesteuerung.



Nationalrat und Wahlkampfleiter Philippe Nantermod schwört die FDP auf den Wahlkampf ein.

Spektakuläre Akrobatik, um die erfolgreich eingereichte Individualbesteuerungsinitiative zu feiern.



Ständerätin Johanna Gapany und Nationalrat Andri Silberschmidt sprachen über die Herausforderungen in der Altersvorsorge.



Freisinnige aus der ganzen Schweiz reisten nach Burgdorf.

Neue Kampagne

Medienkonferenz mit den Verbandspräsidenten von links nach rechts: Fabio Regazzi (sgv), Valentin Vogt (SAV), Christoph Mäder (economiesuisse) und Markus Ritter (SBV).



Einer wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlicheren Politik zum Durchbruch zu verhelfen, ist das Ziel einer gemeinsamen Kampagne der Dachverbände der Schweizer Wirtschaft und der Landwirtschaft. Die Kampagne soll das Bewusstsein für wirtschaftliche und landwirtschaftliche Themen steigern sowie als Plattform für die National- und Ständeratswahlen dienen.

Die Dachverbände der Wirtschaft und der Landwirtschaft, namentlich Economiesuisse, der Schweizerische Gewerbeverband sgv, der Schweizerische Arbeitgeberverband und der Schweizer Bauernverband, wollen – zum Wohl unseres Landes – einer wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlicheren Politik vermehrt zum Durchbruch verhelfen.

Geeinte Allianz bei Abstimmungen und Wahlen

Für die Volksabstimmungen vom 25. September 2022 setzten sie mit der Parole «1x Nein, 3x Ja» bereits gemeinsame Massnahmen um. Die Abstimmungsergebnisse zeigten, dass eine starke und geeinte Allianz vieles bewegen und Mehrheiten sichern kann. Dieselbe Allianz will sich nun auch hinsichtlich der National- und Ständeratswahlen im nächsten Jahr engagieren. Die vier Verbände lancieren deshalb eine gemeinsame Kampagne mit dem Titel «Perspektive Schweiz».

Die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes sollen die gesellschaftliche Bedeutung der Wirtschaft und der Landwirtschaft kennen und erkennen. Sorgt doch die Wirtschaft für attraktive Arbeitsplätze und Lehrstellen, für angemessene

Einkommen, für genügend Lebensmittel und Energie, für sichere Sozialwerke sowie für eine nachhaltige Klimapolitik. Solche Zusammenhänge will die Kampagne in den nächsten Monaten aufzeigen.

Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit der Verbände fokussiert vorerst auf die Themenfelder «Sicherheit und Stabilität», «sichere Sozialwerke», «Berufsbildung», «Nachhaltigkeit», «Ernährungssicherheit» sowie auf eine «zukunftsorientierte Energieversorgung».

Alle Beteiligten sind sich bewusst, dass unsere schnelllebige Zeit einen hohen Grad an Flexibilität erfordert. Wichtig ist, dass dabei der Kompass und die Perspektive übereinstimmen. Die über 600 000 Schweizer Unternehmen mit ihren über 4,5 Millionen Beschäftigten sind es sich gewohnt, täglich agil und schnell zu reagieren. Das Gleiche soll auch für die politische Allianz der Verbände und die zu bearbeitenden Themenfelder gelten.

Eine Politik mit Perspektive

Die Verbandskampagne startete mit speziellen Plakat-, Inserate- und Social-Media-Aktionen zum



Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt (rechts) bespricht sich mit seinem Kommunikationschef Andy Müller.

Thema «Perspektive Schweiz». In einer späteren Phase werden thematische Fragen in den Vordergrund gerückt. Die Dachverbände und ihre Vertreterinnen und Vertreter werben für eine wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlichere Politik. Sie werben – zum Wohl unseres Landes und zugunsten aller – für eine realistische Politik mit Perspektive!



Mehr Infos
zu Perspektive
Schweiz.

Die FDP legt zu

Positiver Trend bestätigt sich

Gemäss der SRG-Umfrage gewinnt die FDP ein Prozent. Das gute Ergebnis ist eine Fortsetzung der Erfolge in mehreren kantonalen Wahlen und sorgt für Schwung im kommenden Wahlkampf.

Das SRG-Wahlbarometer, das Ende Oktober veröffentlicht wurde, zeigt es deutlich: Der positive Trend bei der FDP hält an. Die Umfrage der SRG weist für die FDP einen Gewinn von einem Prozent gegenüber den Wahlen 2019 auf. Damit würde die FDP auf einen Wähleranteil von 16,1 Prozent kommen und praktisch gleichauf mit der SP liegen. Die FDP und die SVP sind die einzigen Bundesratsparteien, die verglichen mit den Wahlen 2019, zulegen; die SVP in geringerer Masse (plus 0,5 Prozent im Vergleich zu 2019). Die grössten Verlierer wären die Grünen, die im Vergleich zu 2019 einen erheblichen Verlust von minus 1,5 Prozent hinnehmen müssten. Die Grünliberalen legen um 1,5 Prozent zu. Die SP und die FDP liefern sich also ein Kopf-an-Kopf-

Wirkung des neuen Präsidiums zeigt sich auch daran, dass Thierry Burkart die grösste Zustimmung aller Parteipräsidenten geniesst. 67 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass sein Einfluss positiv ist. Nur gerade 2 Prozent beurteilen Burkarts Wirken als negativ.

Klare Positionierung der FDP

Die FDP hat auch die Antworten auf die wichtigsten politischen Herausforderungen, die in der Umfrage hervorgehoben wurden: Die FDP hat kürzlich Stellung bezogen zur Sicherheit der Stromversorgung, zur Gesundheitspolitik, um den Anstieg der Krankenkassenprämien einzudämmen und wir haben zahlreiche Vorschläge für eine starke Alters-



Rennen um den zweiten Platz. So wie die Tamedia-Umfrage vom August 2022, die der FDP einen Anstieg auf 16,4 Prozent der Wählerstimmen vorhersagte, legen wir auch gemäss dieser SRG-Umfrage zu. Die Kohärenz zwischen den beiden Umfragen bestätigt den erfreulichen Trend.

Positiver Einfluss von Thierry Burkart

Umfragen sind aber keine Wahlergebnisse. Seit 2015 hat sich die FDP das Ziel gesetzt, die SP zu überholen. Um dieses Ziel zu erreichen, dürfen wir auf keinen Fall nachlassen. Die FDP konnte auf Bundesebene an Profil gewinnen. Das neue Präsidium um Thierry Burkart hat für neuen Schwung gesorgt. Die Positionen sind klar und reagieren präzise auf die aktuellen politischen Herausforderungen. Zudem konnte die Partei mit der Einreichung der Renten- und der Individualbesteuerungsinitiative punkten und unsere FDP-Politik im Dienste der Bevölkerung in den Vordergrund stellen. Die

vorsorge formuliert. Schliesslich antwortet die FDP auch auf Umwelt- und Klimafragen, insbesondere über ein auf drei Säulen basierendes Konzept für das neue CO₂-Gesetz. Die Versorgungs- und Energiesicherheit gehört für alle Parteiwählerschaften zu den wichtigsten politischen Herausforderungen. Speziell für die Wählerschaft der FDP sind die Wirtschafts- und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Reform der Altersvorsorge weitere Top 3 der wichtigsten Herausforderungen der Politik.

Das Ende des Hypes um die Grünen zeigt, dass es keinen triftigen Grund gibt, die Zusammensetzung des Bundesrats zu ändern. Massgebend darf nicht allein der Wähleranteil im Nationalrat sein. Die FDP ist als staatstragende Partei auf kantonaler Ebene mit insgesamt 531 Sitzen breit verankert. Dies entspricht 20,5 Prozent aller kantonalen Sitze – 10 Sitze weniger als die SVP und deutlich mehr als die SP (445), die Mitte (425) und die Grünen (266).

KOLUMNE

Appell an den Föderalismus



Seit 1848 funktioniert die Schweiz als Bundesstaat, der eine Einheit der Vielfalt unseres Landes bildet. Es hat sich bewährt, dass der Bund nur jene Aufgaben übernimmt, die nicht auf einer anderen Ebene erfüllt werden können, oder eine einheitliche Regelung benötigen. Ein Beispiel ist die Corona-Pandemie, in der gesamtschweizerische Vorgaben und eine zentrale Verwaltung nötig waren. Das zeigt auch die finanzielle Bilanz: Zwischen 85% und 90% der Ausgaben wurden vom Bund getragen. Hierbei gilt zu berücksichtigen, dass die Covid-Pandemie eine aussergewöhnliche Situation war und aussergewöhnliche Massnahmen erforderte.

Nichtsdestotrotz ist es bedenklich, wie rasch nach mehr Zentralisierung gerufen wird und die Stärken des Föderalismus vergessen gehen. Wenn es um das Bezahlen der Rechnung geht, lässt man zunehmend dem Bund den Vortritt. Dabei deutet nichts darauf hin, dass Zentralisierung Kosten senkt – ganz im Gegenteil. Föderalismus garantiert nicht nur Vielfalt in der Einheit, sondern gewährleistet auch eine gewisse finanzpolitische Disziplin.

Diese ist umso notwendiger, da die Bundesfinanzen arg strapaziert sind und sich der Handlungsspielraum verkleinert. Die ausserordentliche Verschuldung aufgrund der Covid-Pandemie beläuft sich auf rund 26 Milliarden Franken. Zudem werden die Vorgaben der Schuldenbremse ab 2024 nicht mehr eingehalten. Ein strukturelles Defizit von über einer Milliarde Franken ist denkbar.

Wie konnte das passieren? Gründe sind die Covid-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, die Energiekrise. Zudem führt die demografische Entwicklung zu mehr Kosten in der Altersvorsorge und im Gesundheitswesen. Auch in den Bereichen Klima, Armee, Forschung, Migration und soziale Sicherheit sind Mehrausgaben zu erwarten. Um aus dieser Kostenspirale auszubrechen, braucht es etwas Fantasie. Da die einfachsten Ideen oft vergessen werden, müssen wir den guten alten Föderalismus in Erinnerung rufen. Er kann mithelfen, die Ausgaben- disziplin des Staates zu verbessern.

Johanna Gapany,
Parteilichepräsidentin und Ständerätin FR



Thierry Burkart Ständerat

«Wenn die Schweiz auch in Zukunft technologisch zur Weltspitze gehören will, sind wir auf 5G angewiesen.»



Josef Dittli Ständerat

«5G macht es möglich, Menschen und Dinge so zu vernetzen, dass der technologische Fortschritt den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht.»



Marcel Dobler Nationalrat

«Die Schweiz braucht die bestmöglichen technologischen Rahmenbedingungen, um sich weiter zu entwickeln und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Darum setze ich mich für das Schlüsselprojekt 5G ein.»



Olivier François Ständerat

«Die Schweiz muss die Rahmenbedingungen für die Einführung von 5G schaffen, damit Wirtschaft und Gesellschaft auch zukünftig von einem hochqualitativen Mobilfunk profitieren können.»



Johanna Gapany Ständerätin

«Jede Veränderung löst Ängste aus. Aber 5G bietet auch viele Chancen. Diese Kampagne ist eine gute Gelegenheit, volle Transparenz zu schaffen und das Beste aus einer Technologie herauszuholen, die uns ermöglicht, es mit weniger Mitteln besser zu machen.»



Philippe Nantermod Nationalrat

«Die Schweiz ist die Weltmeisterin der Innovation. Wir brauchen einen Zugang zu neuen Technologien und 5G gehört dazu. Auf ihren Einsatz zu verzichten wäre ein Fehler und würde uns grosse Nachteile bringen.»



Maja Riniker Nationalrätin

«5G ist Vernetzung und Innovation zugleich. Es bietet einem die Freiheit und Möglichkeit von überall in der Schweiz zu jeder Zeit zu arbeiten, die Freizeit zu geniessen und mit der Welt verbunden zu sein.»



Andri Silberschmidt Nationalrat

«Wir müssen in zukunftsfähige Infrastrukturen investieren, so dass die Arbeitsplätze von morgen in der Schweiz und nicht woanders geschaffen werden.»



Christian Wasserfallen Nationalrat

«5G ist als Weiterentwicklung in der Telekommunikation der Schlüssel für die Zukunft, um mobiles Arbeiten massiv zu verbessern oder Geschäftsprozesse in Echtzeit abwickeln zu können.»



Hans Wicki Ständerat

«5G ist für Innovation und neue Anwendungen enorm wichtig. Wir ermöglichen damit Arbeitsplätze, und zwar in der ganzen Schweiz. Dank 5G werden auch ländliche Regionen mit schnellem Internet erschlossen und nicht vom Fortschritt abgehängt.»



Wir alle unterstützen CHANCE5G – helfen auch Sie mit!

www.chance5g.ch/jetzt-unterstuetzen

CHANCE5G

Die Schweiz fortschrittlich verbunden.